geni): Er und seine Freunde hätten in ihrem Antrage den Ausdruck „Simultanschulen“ vermieden, da die Gelehrten über diesen Begriff nicht einig wären. — Bei der Abstimmung werden alle übrigen Anträge abgelehnt, bis auf den der Conservativen. Mit dem conservativen Zusatz wird Absatz 3 des §. 14 gegen die Stimmen der Freiconservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen angenommen.

Die Conservativen beantragen nun, dem §. 14 folgenden neuen Absatz 4 anzufügen: „Sind in einer confessionell eingerichteten Schule Kinder, welche einer anderen Confession angehören, vorhanden, so kann ein Lehrer dieser Confession angestellt und es darf demselben außer dem Religionsunterricht mit Zustimmung des Schulvorstandes die Ertheilung anderer Lehrstunden übertragen werden.“ Die Freiconservativen beantragen, in dem Antrage der Conservativen die Worte „mit Zustimmung des Schulvorstandes“ zu streichen. Für den Fall der Aufrechterhaltung dieser Worte beantragen sie, nach „Religionsunterricht“ einzuschalten: „bezüglich des Unterrichts in der deutschen Sprache und der vaterländischen Geschichte.“ Geh. Oberfinanzrath Germar, als Commissar des Finanzministers, hält in Uebereinstimmung mit dem Antrage der Freiconservativen für bedenklich, wenn die Beschäftigung des Religionslehrers auch in anderen Lehrfächern von der Zustimmung des Schulvorstandes abhängig gemacht würde. Die Finanzrücksichten müßten doch gewahrt werden und dem Schulvorstand dürfe nicht das Recht gegeben werden, durch seine Beschlüsse eine finanzielle Belastung der Gemeinden herbeizuführen. Gegenüber den erheblichen Zuwendungen des Staates, welche im letzten Jahre zu Gunsten der Volksschule erfolgt seien, müsse er jeden Versuch, der zu einer Mehrbelastung der Staatsfinanzen führe, bekämpfen. Abg. Rickert beantragt, in dem Antrage der Conservativen anstatt „mit Zustimmung“ zu sagen: „nach Anhörung des Schulvorstandes.“ Landrath Dr. Kruse, als Commissar des Ministeriums des Innern, vertritt den Standpunct des Commissars aus dem Finanzministerium und betont, daß Angelegenheiten mit finanziellen Folgen nicht dem Schulvorstand anheimgegeben werden dürfen; er glaube auch, daß in diesem Falle der Schulvorstand nur gehört werden dürfe. Die Abgg. Rickert und Dr. Friedberg heben hervor, daß die Conservativen mit ihren Anträgen bezüglich der Wahrung der Rechte der Confessionen noch über die Regierungsvorlage hinausgingen und dadurch dem Centrum weitere Zugeständnisse machen. — Der Unterantrag Rickert und die beiden Unteranträge der Freiconservativen werden darauf gegen die Stimmen der Freisinnigen, Nationalliberalen und Freiconservativen abgelehnt; der Antrag der Conservativen gegen dieselben Stimmen angenommen. — Bis dahin sind alle wesentlichen Beschlüsse durch Zusammenstimmen der Conservativen mit dem Centrum herbeigeführt worden. — Die Berathungen der Commission werden Donnerstag Abend 7 Uhr fortgesetzt.

Arbeiter-Bewegung.

* Rom, 17. Februar. Die Vertrauensmänner der Arbeiter wollen angesichts des durch die Polizei erlassenen Versammlungsverbotes heute Abend ihre fernere Haltung berathen. Das Coliseum ist von einem Infanteriebataillon besetzt. Vor demselben versammelten sich zwei- bis dreihundert Arbeiter, sie verhielten sich aber ruhig. Auch in anderen Stadttheilen herrscht Ruhe.

* Rom, 18. Februar. Gegen 100 Vertreter von 28 Arbeitervereinigungen nahmen in einer gestrigen Versammlung eine Tagesordnung an, wonach die Vertreter sämmtlicher Arbeitervereinigungen aufgefordert werden, in den Fabriken und Werkstätten Propaganda zu machen, um am 19. Februar einen allgemeinen Ausstand zu ermöglichen und dafür zu sorgen, daß die Werkstätten und Waarenlager so lange geschlossen bleiben, bis die Regierung wirksame Maßregeln zur Verbesserung der Lage der Arbeiter in Rom getroffen hat.

Vom Handwerkertag.

Wir haben in der heutigen Morgen-Nummer eine kurze Betrachtung über den Handwerkertag, welcher seit Montag bis gestern in Berlin stattfand, gebracht, wir lassen nunmehr einen Auszug nach der „Kreuzzeitung“ über das Wesentliche der Verhandlungen folgen.

Nach Begrüßung der Versammlung durch Staatsminister von Bötticher, demselben, dem man später den Vorwurf machte, daß er die Geschäfte der Socialdemokratie besorge, berichtet Obermeister Beutel-Berlin über den Verlauf und die Ergebnisse der Handwerker-Conferenz vom 15. bis 17. Juni 1891. Der Bericht veranlaßte vielfache Zwischenrufe und zum Theil stürmische Unterbrechungen. Die Mittheilung, daß der Minister nicht in Person, sondern daß Dr. v. Rottenburg die Verhandlungen eröffnet habe, forderte ein lebhaftes „Hört, hört!“ heraus, während die Erzählung der anfänglichen Verheimlichung des Protokolls vor den Conferenzmitgliedern vielfache Aeußerungen des Unwillens und der Unzufriedenheit hervorrief. Es sei nicht zu verwundern, daß man mit dem Protokoll nicht einverstanden sei. (Sehr wahr.) Durch die Verhandlungen über den Befähigungsnachweis sei eine solche Mißstimmung erzeugt worden, daß bei den Mitgliedern die Ansicht Platz gegriffen habe, es lohne sich nicht fortzufahren. (Sehr richtig. Beifall.) Kein Vertreter hat auf den Befähigungsnachweis Verzicht geleistet. (Bravo!) Lebhaften Widerspruch rief die Wiedergabe der abweisenden Ausführungen des Unterstaatssecretairs v. Rottenburg hervor. Dagegen erfolgte bei der Bemerkung, „die Handwerker würden in größerer Zahl nach links abschwenken“, lebhafter Beifall. Sichtlich peinlich, sagt Herr Beutel, berührte, ja erkältend wirkte gegenüber solchen aus der Tiefe der Ueberzeugung hervorgegangenen Ausführungen die Erklärung des Herrn Unterstaatssecretairs v. Rottenburg: „Dann mögen die Handwerker immerhin Socialdemokraten werden.“ Auf diese Mittheilung entstand im Saal minutenlang anhaltender Sturm des Unwillens.

Der Bericht schließt mit den Worten: „Es möchten die Herren Delegirten und Theilnehmer des allgemeinen deutschen Innungs- und Handwerkertages, wie es dem deutschen Manne geziemt, zu den einzelnen Puncten frei von der Leber weg sprechen und unbeeinflußt von Rücksichten irgend welcher Art ihre Beschlüsse fassen. Nur an dem deutschen Innungswesen darf in keiner Weise gerüttelt werden; denn es steht und fällt mit den Innungen der sicherste Halt des deutschen Handwerkerstandes. (Lebhafter Beifall.) Die feste Ueberzeugung hiervon möge in den Versammlungen dieser Tage zum unzweideutigen Ausdruck kommen. Gott segne, Gott erhalte das ehrsame deutsche Handwerk.“ (Stürmischer anhaltender Beifall.) Nun entstand ein großes Durcheinander. Der Bericht lag nämlich gedruckt vor und sollte jetzt vertheilt werden. Da die Gänge wegen Ueberfüllung unpassirbar waren und an ein geregeltes Vertheilen nicht zu denken war, entwickelten sich nun Scenen, als ob Geld unter die Menge geworfen würde, denn Jeder drängte sich, um ein Exemplar, deren viele umhergeschleudert wurden, zu erhaschen. Nachdem der Zwischenfall ohne Unfälle vorübergegangen und die Ruhe wiederhergestellt war, machte der Vorsitzende bekannt, daß die Reichstagsabgeordneten Hitze, Gröber, Stenzel, Hartmann und Herold erschienen seien. (Beifall.)

Abgeordneter Biehl-München sprach über Punct 3 der Tagesordnung, die Forderung des Befähigungsnachweises, und bringt folgende, auch vom Correferenten Faßbauer-Köln befürwortete Resolution ein:

„In der festen Ueberzeugung, daß weder der sogenannte Antrag Ackermann-Biehl, noch der Gesetzentwurf, welcher zwischen den Vorständen des Allgemeinen Deutschen Handwerkerbundes und des Central-Ausschusses der vereinigten Innungs-Verbände Deutschlands am 2. August 1889 zu Berlin vereinbart und von dem darauffolgenden VII. Allgemeinen Deutschen Handwerkertage zu Hamburg einstimmig angenommen wurde, die Mängel der österreichischen Gewerbe-Gesetzgebung zeigen, kann der Deutsche Innungs- und Allgemeine Deutsche Handwerkertag die bezüglichen Ausführungen der Regierungsvertreter in der Handwerker-Conferenz als zutreffend nicht erachten, weshalb auch die Vertreter des Handwerks in der Conferenz auf den Befähigungs-Nachweis nicht verzichten konnten. Der Innungs- und Handwerkertag zu Berlin hält daher mit aller Entschiedenheit an dem Befähigungsnachweise fest und erstrebt mit vollstem Nachdrucke dessen gesetzliche Einführung.“

Der Abg. Obermeister Biehl-München führte aus: Es hat in der öffentlichen Meinung die Ansicht Platz gegriffen, als hätten die Vertreter des Handwerkes den Befähigungsnachweis aufgegeben. Nichts ist verkehrter als das. Diese Ansicht ist erweckt durch Herausreißen eines Satzes aus einer Rede und Hinauswerfen desselben in die Oeffentlichkeit vom Tische des Bundesrathes. Ich hoffe, daß Sie sich nicht irre machen lassen, auch nicht durch die gegnerische Presse, sondern sich gegenseitig ermuntern und stärken. Die Mitglieder der Handwerkerconferenz haben, wie Jemand sagte, „für den Befähigungsnachweis gekämpft wie die Löwen. Die Regierung hat eine Wandlung in diesem Puncte durchgemacht. Was vorhin eine solche Empörung hervorgerufen hat, die Antwort des Unterstaats-Secretairs v. Rottenburg, hatte noch den Zusatz: Das Deutsche Reich sei stark genug, die socialistischen Umtriebe zu besiegen. (Widerspruch.) Gewiß, das Reich ist stark genug, um die socialistischen Umtriebe zu unterdrücken; aber es erscheint doch nicht angemessen, die Handwerker mit Gewalt in das socialdemokratische Lager zu treiben. (Lebhafter Beifall.) Zur Zeit sei indeß keine Hoffnung, den Befähigungsnachweis durchzubringen, obwohl doch der Kaiser gesagt hat: „Das Handwerk soll zu der Blüthe gebracht werden, die es vor dem dreißigjährigen Kriege gehabt hat.“ Wir lehnen jede Verantwortung ab und treten auch heute dafür ein: Das Handwerk, der Handwerkerstand darf nicht vernichtet werden im Interesse des Staates und des Vaterlandes!“ (Lebhafter Beifall.)

Aus den Ausführungen des Herrn Faßbauer-Köln, der mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde, ist hervorzuheben: Seit 14 Jahren wartet das Handwerk vergeblich auf die Erfüllung seiner Hoffnungen. Es hat vergeblich gekämpft. Wenn das so weiter geht, wird es nicht möglich sein, dem Handwerk seinen christlich-conservativen Charakter zu wahren. Es tritt eine Auflösung von unten an das Handwerk heran. Für den Einzelnen bedarf es oft nur eines Schrittes, um der Socialdemokratie anheimzufallen, und dieser Schritt ist meist das Aufhören des christlichen Bewußtseins. Bleibt die Regierung bei ihrem Standpunct, so wird es wohl ohne blutige sociale Kämpfe nicht abgehen. Man solle ein gleiches Recht für Alle schaffen, die Gewerbeordnung ist ein ungleiches Recht. Wir vermissen eine vorsichtige Gewerbepolitik im Deutschen Reiche. Wir vermissen ein Zusammenfassen der sittlichen Kräfte für das Handwerk. Wir leiden noch jetzt unter den Folgen der Aera Laske und Falk (Beifall), die das positive Christenthum untergraben haben. Es muß wieder eine bessere Standesehre, eine christliche Jugenderziehung im Handwerk eingeführt werden. Nicht der Schulmeister, sondern Muth und Pflichterfüllung haben die Schlacht bei Königgrätz geschlagen. Auch in der Zukunftsschlacht werden unsere Schulmeister nicht den Ausschlag geben, wenigstens unsere jetzigen nicht. Wir müssen das Recht des Handwerks fordern. Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns nun endlich Thaten sehen. (Beifall.)

Schneidermeister Möller-Dortmund tritt in längerer Ausführung der Ueberschätzung des Fortbildungsschulwesens entgegen und für die Förderung der christlichen Erziehung in der Familie ein. Auch die Lehrlinge können niemals in der Schule und durch die Sammlung von Kenntnissen erzogen werden, sondern bedürfen dazu der Einwirkung des Familienlebens des Meisters. In Bezug auf die Handwerker-Conferenz appellirt er an den Kaiser von Gottes Gnaden. „Unser Kaiser ist nicht von Volkes-, aber auch nicht von Beamtengnaden. Wir sind gute Staatsbürger und wir wollen als solche unsere Wünsche zum Ausdruck bringen.“ (Lebhafter Beifall.) Redner ist einer der 21 der Handwerker-Conferenz. Er berührt auch die Judenfrage und erklärt, daß der Befähigungsnachweis nur den Schmarotzern, den Juden etwas schaden könne, die er wohl achte, wenn sie auf die zehn Gebote schwören, nicht aber, wenn sie auf den Talmud schwören. Die Resolution wird angenommen.

Bundesschatzmeister Nagler-München geht besonders auf die Wünsche zur Abstellung der mit der Zuchthaus- und Gefängnißarbeit verbundenen Uebelstände für das freie Handwerk, sowie auf das Submissionswesen und die damit verbundene Schleuderconcurrenz ein und betont die Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung der bisherigen Forderungen des Handwerkes auch gegenüber dem Entgegenkommen der preußischen und der Reichsregierung. Es handle sich beim Submissionswesen nicht allein um die materielle, sondern noch mehr um die moralische Schädigung des Handwerkes, welches durch das Eindringen und durch die Gleichberechtigung von schwindelhaften Elementen demoralisirt werde. Bei der Regelung des Hausirwesens ist namentlich der Sonntag fernzuhalten und die Freiheit der Gemeinden gegen die Freiheit der Hausirer hochzuhalten. Redner berührt noch die anderen bekannten Forderungen der Handwerker, betont dann die Treue des Handwerks gegen das Königthum, weist aber auch auf die steigende Erbitterung und die damit verbundene sociale Gefahr hin und stellt in Aussicht, daß auch die Waffen ihren Dienst versagen dürften, wenn erst alle Handwerker zu Lohnsclaven herabgesunken sein würden.

Der Referent beantragt eine Resolution mit folgendem Wortlaut: „Der deutsche Innungs- und allgemeine deutsche Handwerkertag in Berlin begrüßt die seitens der Reichsregierung endlich in Aussicht gestellte Berücksichtigung eines Theiles der langjährigen Reformforderungen des deutschen Handwerks. Im Interesse der Erhaltung des deutschen Handwerkerstandes muß er jedoch so lange an allen seinen früheren Beschlüssen festhalten, bis die gesetzlichen Maßnahmen der Reichsregierung in einer den Wünschen des Handwerks entsprechenden Weise der Realisirung zugeführt sind. Demzufolge hält der deutsche Innungs- und allgemeine Handwerkertag hinsichtlich der Consumvereine, der Gefängnißarbeit, der Abzahlungsgeschäfte und des Hausirhandels die seitens der Handwerkervertreter in der im Juni 1891 zu Berlin stattgefundenen Conferenz den verbündeten Regierungen gemachten Vorschläge mit Entschiedenheit aufrecht. Bezüglich der Regelung des Submissionswesens bleibt der Innungs- und Handwerkertag auf seinen beim zweiten deutschen Handwerkertag gefaßten Beschlüssen stehen. Der Innungs- und Handwerkertag spricht der Reichsregierung gegenüber das Vertrauen aus, daß sie die in der Reichstagssitzung vom 24. November 1891 gegebenen Versprechungen in thunlichster Bälde in Thaten umsetzen wird. Der deutsche Innungs- und Handwerkertag entledigt sich des Dankes, daß die verbündeten Regierungen den Wünschen des deutschen Handwerks nach schärferen Bestimmungen gegen den Contractbruch der Arbeiter Rechnung tragen wollten, spricht sein lebhaftes Bedauern aus, daß vom Reichstage dieser Gesetzesvorschläge keine Folge gegeben wurde, und hält deshalb nach wie vor an seinen auf dem zweiten deutschen Handwerker-Tage gefaßten Beschlüssen fest, in der Erwartung, daß die verbündeten Regierungen eine derartige Vorlage dem Reichstage unterbreiten werden.“

Nach dieser Resolution entwickelt sich eine lebhafte Discussion über Unfallversicherung, Submissionswesen, Officier- und Beamtenvereine, Backwaarenhausiren, über das Alters- und Invaliditätsgesetz, Bevorrechtigung der Handwerkerforderungen im Grundbuche, Militairarbeit und Gefangenenarbeit.

Warde-Berlin beantragt eine Resolution: „Die Versammlung erklärt sich in Bezug auf das Krankenversicherungsgesetz mit den Forderungen und mit den diesbezüglichen auf der Handwerker-Conferenz gefaßten Beschlüssen einverstanden.“ — Klausnitzer-Siemianowitz: Durch die humane Behandlung der Gefangenen sei eine Vermehrung der Verbrechen eingetreten. Redner bespricht weitere Uebelstände und faßt seine Ausführung in eine Resolution zusammen, nach welcher, falls binnen einem Jahre die Regierung den Befähigungsnachweis nicht bewilligt, dann die Innungen aufzulösen sind. (Große Unruhe, Chorufe, lebhafte Unterbrechung und Schlußrufe!)

Nagler-München und Faster-Berlin empfehlen eine Resolution: Die Unfall-Versicherungspflicht ist möglichst auf das ganze Handwerk auszudehnen mit Ausnahme derjenigen Berufszweige, in welchen eine geringere Unfallgefahr festgestellt werden kann. Angenommen.

Möller-Dortmund tritt entschieden für Handwerkerkammern und gegen die Resolution ein und bittet um Absetzung derselben von der Tagesordnung aber für einen Nichteintritt in die Discussion. „Man habe gestern den obligatorischen Befähigungsnachweis beschlossen, man kann heute nicht den facultativen beschließen.“ (Beifall.)

Es folgt die Berathung über die Anträge auf Auflösung der freien Innungen. Walter-Frankfurt legt kurz die Gründe dar, die die zwölf Frankfurter Innungen zur Stellung des Antrages geführt haben. Die Tendenz sei keine destructive, sondern eine handwerkerfreundliche. Die Regierung befinde sich in Widerspruch mit sich selbst. Die Innungen wolle sie behalten, aber die obligatorische Innung wolle sie nicht geben. Redner beschwert sich über die vielen Lasten, die dem Handwerker aufgebürdet sind, es sei die höchste Zeit zu handeln, des Hoffens sei das Handwerk müde. Redner sieht nur zwei Wege, Staatshilfe zur Aufrechterhaltung oder Zersetzung und Aufsaugung durch die Socialdemokratie. Redner verlangt gleiches Recht auch für das Handwerk. Mit dem jetzt vorliegenden Schulgesetzentwurf erklärt sich Redner einverstanden, doch kann er sich von einer confessionellen Schule dann nichts versprechen, wenn durch die Nichtbeachtung der Handwerkerbestrebungen die Lehrlinge und Gesellen doch in die Arme der Socialdemokratie getrieben werden. (Beifall.)

Bei der Abstimmung werden schließlich die Anträge auf Auflösung der Innungen theils zurückgezogen, theils mit großer Majorität abgelehnt.

Zum Schluß äußerte noch Schneidermeister Möller-Dortmund, daß die von einem Vorredner (Regierungs-Rath v. Broich) kundgegebenen Ansichten über Rohstoff- und Verkaufs-Genossenschaften, über die Verbindung von Staats- und Selbsthilfe nicht zutreffend seien. Die angeführten englischen Beispiele passen zum Theil nicht auf Deutschland, zum Theil nicht auf das kleine selbstständige Handwerk. Genossenschaften passen für Arbeiter, die ihre Existenz fristen wollen. Der deutsche Handwerker, der sein Familienleben bewahren will, kann sie nicht brauchen. Gott bewahre uns vor den Zuständen des Familienlebens in den englischen Industriebezirken. Aus den genossenschaftlichen Ideen von Schulze-Delitzsch sei eigentlich die Socialdemokratie hervorgegangen. Verkaufs-Genossenschaften der Handwerker schädigen den Kaufmannsstand. Sind sie berechtigt, so sind es die von den Handwerkern bekämpften Consumvereine, so sind es die Officiers- und Beamtenvereine auch. (Sehr richtig!) Die genossenschaftlichen Betriebe gehen entweder ein, oder sie werden zu capitalistischen Unternehmungen. Andererseits führe die Productivgenossenschaft zu sehr auf staatssocialistisches Gebiet. Noch erwähnen wollen wir, daß der Vorsitzende Faster in Berlin den Minister v. Boetticher am dritten Tage der Versammlung gegen die ihn gerichteten Angriffe in Schutz nahm.

Musik.

Leipzig, 18. Februar. Das gestrige Riedel-Vereins-Concert brachte lediglich Compositionen der sogenannten Venetianischen Schule: der Vater dieser Schule, A. Willaert, die beiden Gabrieli, G. Croce, Cl. Monteverdi, Fr. Cavali, A. Lotti und B. Marcello hatten auf dem Programm Berücksichtigung gefunden, das in seiner Eigenart nicht allein dem Musikhistoriker, sondern auch dem modernen Musiker lebhaftes Interesse abzwang. Man glaube nicht, daß es blutlose Schemen waren, musikalische Skelette, die der Zauberstab des Dirigenten auf Augenblicke aus jahrhundertelangem Schlaf zu kurzem Scheinleben auferstehen ließ. Herr Prof. Dr. Kretzschmar hatte mit genialem Griff bei dem Beutezug in die musikalische Vergangenheit nur lebensfähige, vollwerthige und des Feingehaltes nicht entbehrende Compositionen erfaßt; einzelne der ausgeführten Stücke hinterließen sogar einen tiefen, mächtigen Eindruck: in erster Linie Giovanni Gabrieli's „Benedictus und Osanna“ für 3 Chöre und Lotti's wunderbar schönes „Crucifixus“ für 6stimmigen Chor. Beiden Stücken ist eine erhabene Feierlichkeit der Stimmung und eine ergreifende Inbrunst und Innigkeit des Ausdrucks eigenthümlich, und wenn die Soprane in dem „Osanna“ Tacte hindurch das hohe G aushalten, so sehen wir uns einem Effect gegenüber, dessen poetische Intention selbst heute noch in ihrer vollen Unmittelbarkeit empfunden wird. Als ein Stück von imposanter Haltung erschien G. Gabrieli's Sonata („Tonstück“) für Cornette, Posaunen, Bratsche und Orgel. Diese „Sonata“ zerfällt in mehrere dynamisch scharf begrenzte Abschnitte, die sich als Piano, und dann von der Bratsche angeführt oder als Forte, mit dem glanzvollen Tutti aller Bläser gepanzert, darstellen. Es ist wieder das Princip der Antiphonie, jenes ehrwürdigen künstlerischen Elementes, das hier in den beiden Instrumentalchören zum Ausdruck gelangt. Diese Sonata ist von mächtiger Wirkung; zumal die Schlußwendung ist wahrhaft erschütternd und großartig; wie Stimmen aus der Ewigkeit klingen die ehernen Klänge der durch Trompeten ersetzten Cornette in majestätischer Pracht. Das „Magnificat“ von Adrian Willaert setzt zwar groß und mächtig ein, bewegt sich jedoch in schlichten Harmonien und begnügt sich, einzelne Worte, wie z. B. sanctum nomen, in auffälliger harmonischer Einfachheit zu declamiren. Bei weitem reicher als dieses „Magnificat“ ist schon Andrea Gabrieli's „Kyrie und Gloria“ (aus der Missa 7). Der Anfang des „Gloria“ ist gregorianisch. Sehr schön ist die musikalische Behandlung der Stelle „Qui tollis peccata“, die sich durch einen mysteriösen Zug auszeichnet. Beim zweiten „miserere nobis“ bekommen wir auch Falsi Bordoni, eine Reihe von Sextaccorden zu hören, welche durch das Niedersinken der Toncurve besonders malerisch wirken. Die Antiphonie als formengebendes Princip fand sich besonders greifbar ausgeprägt in Cavalli's „Requiem und Kyrie“. Der letzte Theil ermüdete übrigens etwas infolge seiner ungefesselten Breite. Auch Marcello's „Credo“ leitet ein gregorianisches Thema ein. Seine besondere Eigenart empfängt der Satz durch die eigenartige Ausgestaltung des höchst merkwürdig behandelten „et incarnatus est“ rc., bei welchen Worten der Chortenor prachtvoll geführt erscheint und dann durch die chromatischen Stimmenfortschritte der folgenden Stelle „et homo factus est“ rc. In ein inniges und schönes Melisma verrauscht sich die Declamation des „et expecto resurrectionem mortuorum“. Den Beschluß bildet ein contrapunctisch lebhafter Satz. Solostücke für Gesang enthielt das Programm blos zwei: eine ganz originelle, dramatisch bewegte und überaus ausdrucksvolle geistliche Scene für Mezzosopran mit Orgel „Maria auf Golgatha“ von A. Monteverde, eines der ersten Beispiele der begleiteten Monodie in der Kirchenmusik, und Marcello's „Psalm 8“, eine in Recitation, Arioso und Pastorale gegliederte Composition, etwas lang ausgesponnen, aber äußerst sorgsam, ja charakteristisch in der Declamation. Es sei hier nur an den ganz bezeichnenden Tonfall der Worte „Was ist der Mensch doch“ erinnert. Die beiden Stücke sang Frl. L. Heller aus Magdeburg; ihr Mezzosopran ist klangvoll, ausgiebig und wohlgebildet, der Vortrag geschmackvoll. Die Intonation hätte freilich namentlich in dem 1. Stück eine noch schärfere sein können. Die Orgelbegleitung führte Herr P. Homeyer ungemein feinsinnig aus, und derselbe Künstler füllte auch die Pausen zwischen den einzelnen Chorvorträgen durch stilvolle und preisenswerthe Zwischenspiele aus. Was nun die Leistung des Riedel-Vereins anbelangt, so war sie eine, Dank der aufopferungsvollen Hingabe des Herrn Professor Dr. Kretzschmar, überaus glänzende. Goldreine Intonation, Fülle der Tongebung, Kraft und Ausdauer, sowie elastisches Anschmiegen und erschöpfendes Nachempfindungsvermögen, das dem leisesten Wink des ausgezeichneten Dirigenten zu folgen vermochte, diese Tugenden gaben der Chorleistung einen idealen Schimmer.

F. Pfohl.

* Leipzig, 18. Februar. Bei Gelegenheit des gestrigen, im blauen Saale des Krystallpalastes stattgefundenen Familien-Abends der Gesellschaft „Erholung“ hatten wir Gelegenheit, mehrere Claviervorträge des Herrn Pianisten Willmar Robert Schmidt, eines Schülers vom Hofpianisten C. Wendling in Leipzig und Paul von Janko in Wien, auf der neuen Janko-Claviatur zu hören. Herr Schmidt hat sich seit etwa einem Jahre mit dem Studium dieser Claviatur systematisch beschäftigt und darauf bereits eine ganz erhebliche Fertigkeit erreicht. Er spielte der Reihe nach Scherzo (Es moll) aus der B moll-Sonate und den E moll-Walzer von Chopin, ferner Melodie (F dur) von Rubinstein und Valse brillant von Moszkowski mit Bravour und sicherem Anschlag, der benutzte Flügel, der sich durch angenehme Tonfülle auszeichnete und auch bei getragenen Stellen einen gesangreichen, modulationsfähigen Ton entwickelte, stammte aus der hiesigen Hof-Pianofortefabrik von A. H. Francke, die der Fabrikation der Janko-Instrumente von Anfang an ganz besonderes Interesse entgegengebracht hat. Daß die Antheilnahme an dieser viel angefeindeten Neuerung seitens des größeren Publicums im Zunehmen begriffen ist, wie das offenbar aus diesem Auftreten des Herrn Schmidt zu ersehen war, ist erfreulich und anerkennenswerth. Nach Absolvirung des Programms fand Herr Schmidt noch Gelegenheit, einer großen Anzahl von Damen und Herren die Construction und Eigenthümlichkeiten der Claviatur zu erklären und erntete dafür, wie auch für seine Vorträge selbst, den lebhaftesten Beifall. Sz.

Druckfehler-Berichtigung.

In der gestrigen, vom 17. Februar datirten Besprechung über die dritte Soirée des Kammermusik-Vereins sind zwei bedauerliche Druckfehler stehen geblieben. 1) Sollte es heißen: die interessanteste Nummer war ein rc. neues Clavierquartett op. 14 von Rob. Kahn (nicht Rob. Hahn). 2) Als Solo-Pianist trat noch Herr Rudolf Panzer aus Berlin auf (nicht Tanzer).

Aus Stadt und Land.

‡‡ Leipzig, 17. Februar. Der Herzog von Altenburg passirte gestern, von Berlin kommend, unsere Stadt. Derselbe begab sich nach kurzem Verweilen alsbald nach Altenburg zurück.

-g- Leipzig, 18. Februar. In kirchlichen Kreisen unserer Stadt beschäftigt man sich lebhaft mit der Errichtung von Gemeindehäusern. Das Gemeindehaus soll alle parochiale Vereinsthätigkeit umschließen und den Mittelpunct bilden für alle Aeußerungen des kirchlichen Gemeindelebens, soweit sie nicht in das Gotteshaus gehören. So hat der Kirchenvorstand von St. Petri seinen Bau-Ausschuß mit den Vorarbeiten zur Beschaffung eines derartigen Raumes beauftragt. Auch in dem Vorstande des Hausväterbunds im 3. Bezirk der Nicolaigemeinde ist man neuerdings derselben Frage wieder näher getreten; es liegen bereits mehrfache Vorschläge zur Ausführung des Planes vor.

-ne- Leipzig, 18. Februar. Das hiesige socialdemokratische Organ signalisirt für kommenden Sonnabend und Sonntag in Leipzig und Vororten die Verbreitung eines Flugblattes, die Erwerbung der sächsischen Staatszugehörigkeit und des Leipziger Bürgerrechts betreffend. Man ersieht daraus die Unablässigkeit, mit welcher die socialdemokratische Wühlpartei das ganze Jahr hindurch ihre Agitationsgeschäfte auf die Stadtverordnetenwahlen betreibt. Hoffentlich ist auch dieses Flugblatt gerade für die gutgesinnte und bessersituirte Einwohnerschaft ein Appell, nicht in Unthätigkeit zu verharren, sondern auf der Hut zu sein und rechtzeitig das Leipziger Bürgerrecht nebst der Voraussetzung der sächsischen Staatszugehörigkeit zu erwerben, um es z. Z. gegen den socialdemokratischen Erbfeind aller Ordnung und guten Sitte ausüben zu können.

-ne- Leipzig, 18. Februar. Daß die Streikbewegungen sehr oft über den gesetzlichen Rahmen hinausgehen, beweisen die häufigen Verurtheilungen, welche gegen Streikende erfolgen müssen, weil sie ruhig Weiterarbeitende durch Drohungen oder Insulten zum Mitstreiken nöthigen wollten. So mußte vom hiesigen Landgericht neuerdings wieder der Textilarbeiter Mann zu 2 Wochen Gefängniß auf Grund einer solchen Uebertretung des §. 153 der Gew.-Ordn. bei Gelegenheit des Lindenauer Spitzenweber-Streiks verurtheilt werden.

— Folgenden seltenen Schuldschein hat unsere Universitätsbibliothek im Besitz ihres Münz-Cabinets aufzuweisen. Derselbe lautet: „Schuldschein des zur Gründung eines Versammlungs-, Lehr- und Wirthschaftslocals gebildeten Arbeiter-Vereins Leipzig über fünf Thaler. Der Verein erkennt jeden Inhaber dieses Schuldscheins als seinen Darlehnsgläubiger wegen obigen Betrages, gewährt 4 Proc. Zinsen jährlich und haftet für die Sicherheit des Darlehns mit seinem gesammten Vermögen. Leipzig, den 1. Februar 1850. Der Vorstand des Arbeiter-Vereins zu Leipzig. Rosenberg, Vorsitzender rc.“ Aus vorstehendem Schuldschein geht hervor, daß in dem mehrfach zu Tage tretenden Bestreben der jetzigen Arbeitervereine, eigene Versammlungslocale zu begründen, nichts Neues zu erblicken ist. Uebrigens sei bemerkt, daß Anfangs der 50er Jahre die Arbeitervereine verschiedener Großstädte eigene Versammlungslocale zu begründen versuchten. Diese Bemühungen scheiterten jedoch durchgehends und hatten nur selten Erfolg aufzuweisen, wie z. B. beim großen Berliner Handwerkerverein, der seit 30 Jahren sein eigenes großes Heim besitzt.

—o. Ein Jubiläum. In unserer für Jubiläen so eingenommenen Zeit dürfte es in engeren Kreisen auch von einigem Interesse sein, daß dieses Jahr — die Kohlenambulancen ihr Jubiläum, und zwar das fünfundzwanzigjährige, begehen. Es war am 21. Januar 1867, als die Firma J. Schneider zum ersten Male einen Wagen mit Kohlen zum Einzelverkauf durch die Straßen gehen ließ. Das Glockengebimmel, welches denselben ankündigte, war den Leuten allerdings nicht recht und fand auch öffentlichen Widerspruch. Gleichwohl reussirte das Unternehmen und es wurde, besonders in den Vorstädten, flott gekauft. Die Folge war eine schnelle Concurrenz. Schon nach wenigen Wochen, noch im Februar, fuhren schon ein Dutzend Kohlenambulancen auf den Straßen herum. Bald folgten auch Verkaufswagen mit Brod und Anderem, und der öffentliche Hausirhandel nahm nunmehr die Dimensionen an, deren er sich noch jetzt erfreut.

— Herr Otto Uhlemann, kürzlich nach elfjähriger Abwesenheit aus den Transvaal-Goldfeldern (Südafrika) zurückgekehrt, wird Sonntag Vormittag 11 Uhr im Restaurant Fortel den sich dafür interessirenden Herren die Manipulation des Goldquarzstampfens und Auswaschens des Goldes veranschaulichen. Das goldhaltige Gestein ist der reichen Robinson-Mine, westlich von Johannesburg gelegen, entnommen.

—* Gestern Abend stürzte auf dem Johannisplatze ein in Vollmarsdorf wohnhafter Stellmacher infolge der Glätte zu Boden und zog sich hierbei eine Verstauchung des linken Oberschenkels zu. Er wurde mittelst Droschke in seine Wohnung gebracht.

q. Liebertwolkwitz, 17. Februar. Das hiesige Rittergutsgrundstück, welches dermalen nur noch aus Flurstücken gebildet wird und Herrn Rittergutsbesitzer v. Wagdorf auf Störmthal gehört, wird demnächst in Folge Kaufs in das Eigenthum der Gemeinde Liebertwolkwitz übergehen.

q. Knauthain, 17. Februar. Vorgestern Abend ½8 Uhr, um welche Zeit der Schnellzug der Linie Leipzig-Zeitz den hiesigen Bahnhof passirt, wurde unweit des letzteren von dem Zuge ein Geschirr überfahren. Nach näherer Besichtigung der Unglücksstätte fand man den Wagen vollständig zertrümmert vor, während das vor demselben gespannt gewesene Pferd unversehrt dastand. Glücklicherweise waren keine Insassen in dem Geschirr, das Pferd war vielmehr sammt Wagen vom Gasthofe in Bösdorf aus, an welchem es aufsichtslos dagestanden, durchgegangen und hatte seinen Weg führerlos über Hartmannsdorf und Knauthain nach den Bahngleisen genommen. Den Besitzer des Geschirrs, einen Spirituosen-Fabrikanten in Leipzig, trifft ein erheblicher Schaden, dagegen ist die Schnellzugsmaschine gering beschädigt.

Wurzen, 16. Februar. Der Graf von Hohenthal-Püchau, Majoratsherr auf Püchau, ist am 16. d. M. Nachmittags in Meran in Tirol im Alter von etwas über 70 Jahren gestorben. Das Majorat Püchau umfaßt 7 große Rittergüter in Sachsen und Preußen. Nachfolger im Majorat ist der Graf Carl von Hohenthal; ein zweiter Sohn, Graf Eugen von Hohenthal, befindet sich zur Zeit auf einer Reise um die Erde und war Weihnachten in Japan. Der Verstorbene war ein treuer Deutscher, nie ging ein Erinnerungstag aus der großen Zeit von 1870/71 vorüber, an dem zu Ehren nicht die deutsche Flagge vom Schloßthurme wehte.

F. Roßwein, 17. Februar. Vorgestern Nachmittag in der fünften Stunde fuhr der 11jährige Sohn des Stadtgutsbesitzers Mehnert mit dem Schlitten in der Nähe des Grundstücks des Baugewerksmeisters Heyde direct in die Mulde und wurde von den Fluthen mit fortgerissen. Der Knabe wäre ein Opfer derselben geworden, wenn ihn nicht der muthige 14jährige Sohn des Heilkünstlers Jecht in der Nähe des Mehnert'schen Grundstücks mit eigener Gefahr dem Tode entrissen hätte.

Chemnitz, 17. Februar. Heute Vormittag nach 9 Uhr ließ sich auf der Leipziger Bahnlinie in der Nähe des Bornaer Bahnüberganges durch einen von hier nach Geithain fahrenden Güterzug ein zur Zeit arbeitsloser hiesiger Einwohner überfahren. Derselbe wurde tödtlich verletzt.

* Chemnitz, 18. Februar. Die heutige Ausgabe des hiesigen „Tageblattes“ enthält die folgende Bekanntmachung:

„Se. Königliche Hoheit Prinz Friedrich August haben Anlaß genommen, dem unterzeichneten Oberbürgermeister das lebhafteste Bedauern Seiner Königlichen Hoheit und Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit der Prinzessin Luise darüber auszudrücken, daß der Besuch der Stadt Chemnitz wegen des Unwohlseins Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit hat unterbleiben müssen. Se. Königliche Hoheit haben den unterzeichneten Oberbürgermeister beauftragt, diesen Ausdruck herzlichen Bedauerns der Stadt und deren Bewohnern zur Kenntniß zu bringen.

Oberbürgermeister Dr. André.“

Pulsnitz, 17. Februar. Am Montag Abend ist zwischen 9 und 10 Uhr der von einer Auction heimkehrende Handelsmann Körner aus Ohorn von dem 26jährigen Tagelöhner